

**Mitteilung**  
**der Regierung der Bundesrepublik Deutschland**  
**an die Europäische Kommission**  
**vom 25. März 2011**

**Vetragsverletzungsverfahren gegen die Bundesrepublik Deutschland gemäß Artikel 258 des Vertrages über die Arbeitsweise der Europäischen Union**

**hier: Umsetzung des Artikels 37 der Richtlinie 2005/60/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Oktober 2005 zur Verhinderung der Nutzung des Finanzsystems zum Zwecke der Geldwäsche und der Terrorismusfinanzierung**

**- Verfahren Nr. 2009 / 4572 -**

Bezug: 1. Aufforderungsschreiben der Europäischen Kommission vom 24. Juni 2010 (Ref. SG(2010)D/9298)  
2. Antwortschreiben der Bundesrepublik Deutschland vom 16. August 2010 (Ref. INF(2010)101252)  
3. Mitteilung der Bundesrepublik Deutschland vom 20. Januar 2011  
4. Mit Gründen versehene Stellungnahme der Europäischen Kommission vom 28. Januar 2011 (Ref. SG(2011)D/1504)

Die Bundesregierung beehrt sich, der Europäischen Kommission folgendes mitzuteilen:

I.

In ihrer mit Gründen versehenen Stellungnahme vom 28. Januar 2011 vertritt die Europäische Kommission die Auffassung, dass die Bundesrepublik Deutschland gegen ihre Verpflichtungen aus Artikel 37 der Richtlinie 2005/06/EG verstoßen habe, da sie es unterlassen habe, im Einklang mit diesem Artikel Aufsichtsbehörden für Immobilienmakler, Versicherungsvermittler und die unter Artikel 2 Absatz 1 Unterabsatz 3 Buchstabe e der Richtlinie fallenden Personen in allen deutschen Bundesländern zu bestimmen. Eine unzureichende Umsetzung stellt die Europäische Kommission in den Bundesländern Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt fest. Sie fordert die Bundesrepublik Deutschland auf, die zur vollständigen Umsetzung erforderlichen Maßnahmen binnen zwei Monaten nach Erhalt der mit Gründen versehenen Stellungnahme zu treffen.

II.

Es ist zu berichten, dass nunmehr alle Bundesländer die entsprechenden Aufsichtsbehörden bestimmt haben und damit in allen Bundesländern der Bundesrepublik Deutschland Artikel 37 der Richtlinie 2005/60/EG vollständig umgesetzt wurde. Die Bundesländer Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt, bei denen eine endgültige Regelung – sie hatten die Aufsichtsbehörden zunächst nur vorläufig bestimmt – bisher noch nicht erfolgt war, haben zwischenzeitlich die erforderlichen gesetzgeberischen Maßnahmen getroffen. Die Regelungen sind veröffentlicht und in Kraft getreten.

1.

In Mecklenburg-Vorpommern wurde die Zuständigkeit mit der Landesverordnung zur Übertragung der Zuständigkeiten nach dem Geldwäschegesetz (GwGZust-LVO) vom 22. Februar 2011 geregelt. Gemäß § 1 Absatz 1 der Verordnung wurde dem Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus des Landes Mecklenburg-Vorpommern die Aufsicht über Immobilienmakler, Versicherungsvermittler und Güterhändler übertragen. Die Verordnung wurde am 22. Februar 2011 von der Landesregierung auf Grundlage von § 14 Absatz 1 des Landesorganisationsgesetzes beschlossen. Die Veröffentlichung erfolgte am 25. Februar 2011 im Gesetz- und Verordnungsblatt Mecklenburg-Vorpommern (S. 69) und trat gemäß § 3 der Verordnung am Folgetag, dem 26. Februar 2011, in Kraft. Ein Auszug ist als Anlage 1 beigelegt.

2.

Mit dem Gesetz zur Änderung des Gesetzes über Zuständigkeiten im Gewerbebereich und anderen Rechtsgebieten vom 7. März 2011 wurde in Sachsen-Anhalt § 1 des Gesetzes über Zuständigkeiten im Gewerbebereich und anderen Rechtsgebieten um den Buchstaben h ergänzt. Mit dieser Ergänzung, die am 2. Februar 2011 vom Landesparlament beschlossen wurde und am 12. März 2011 – dem Tag nach der Verkündung – in Kraft trat, wird die Landesregierung Sachsen-Anhalt ermächtigt, durch Verordnung die sich aus dem Geldwäschegesetz ergebenden Zuständigkeiten zu regeln. Auf dieser gesetzlichen Grundlage hat die Landesregierung am 1. März 2011 die Sechste Verordnung zur Änderung der Verordnung über die Regelung von Zuständigkeiten im Immissionsschutz-, Gewerbe- und Arbeitsschutzrecht sowie in anderen Rechtsgebieten (ZustVO GewAIR) beschlossen. Darin wird in der neuen laufenden Nummer 4.4 im Verzeichnis der Anlage 1 das Landesverwaltungsamt für die Aufsicht über Immobilienmakler, Versicherungsvermittler und Güterhändler vorgesehen. Am 24. März 2011 ist die von der Regierung Sachsen-Anhalts beschlossene Änderung der ZustVO GewAIR verkündet worden und am Folgetag in Kraft getreten. Das Gesetz über Zuständigkeiten im Gewerbebereich und anderen Rechtsgebieten und die ZustVO GewAIR, jeweils in ihrer Fassung vor den erfolgten Änderungen, sowie Auszüge aus dem Gesetz- und Verordnungsblatt des Landes Sachsen-Anhalt, aus dem sich die Gesetzes- und Verordnungsänderungen ergeben, sind als Anlagen 2, 3, 4 und 5 beigelegt.

Die der Europäischen Kommission bereits vorliegende Tabelle, welche eine Übersicht über die jeweiligen Zuständigkeiten und Rechtsgrundlagen in den Ländern enthält, wurde entsprechend ergänzt und ist als Anlage 6 beigefügt.

## **Landesverordnung zur Übertragung der Zuständigkeiten nach dem Geldwäschegesetz (GwGZust-LVO)**

**Vom 22. Februar 2011**

GS Meckl.-Vorp. Gl. Nr. 200 - 6 - 45

Aufgrund des § 14 Absatz 1 des Landesorganisationsgesetzes vom 14. März 2005 (GVOBl. M-V S. 98), das durch Artikel 8 Nummer 8 des Gesetzes vom 28. Oktober 2010 (GVOBl. M-V S. 615) geändert worden ist, verordnet die Landesregierung:

### **§ 1**

#### **Zuständige Stellen**

(1) Das Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus ist zuständige Stelle im Sinne von § 16 Absatz 2 Nummer 9 für die in § 2 Absatz 1 Nummer 3, 5, 9, 10 und 12 sowie zuständige Stelle im Sinne von § 16 Absatz 2 Nummer 3 für die in § 2 Absatz 1 Nummer 4 des Geldwäschegesetzes vom 13. August 2008 (BGBl. I S. 1690) genannten Verpflichteten.

(2) Das Justizministerium ist zuständige Stelle im Sinne von § 16 Absatz 2 Nummer 9 für registrierte Personen im Sinne des § 10 des Rechtsdienstleistungsgesetzes nach § 2 Absatz 1 Nummer 7 des Geldwäschegesetzes.

(3) Das Innenministerium ist nach Landesrecht zuständige Stelle im Sinne von § 16 Absatz 2 Nummer 9 für die in § 2 Absatz 1 Nummer 11 des Geldwäschegesetzes genannten Verpflichteten.

### **§ 2**

#### **Verordnungsermächtigung**

(1) Die in § 1 benannten obersten Landesbehörden werden ermächtigt, die jeweils in ihren Zuständigkeitsbereich als zuständige Stellen fallenden Aufgaben nach dem Geldwäschegesetz durch Rechtsverordnung im Einvernehmen mit dem Innenministerium und dem Finanzministerium auf nachgeordnete Behörden zu übertragen.

(2) Die in § 1 benannten Aufgaben nach dem Geldwäschegesetz können auf kommunale Körperschaften als Aufgaben zur Erfüllung nach Weisung durch Rechtsverordnung der Landesregierung weiter übertragen werden, wenn diese gleichzeitig die Kostentragung regelt. Die Zuständigkeit der in § 1 benannten Stellen als jeweils fachlich zuständige oberste Landesbehörden bleibt unberührt.

### **§ 3**

#### **Inkrafttreten**

Diese Verordnung tritt am Tag nach ihrer Verkündung in Kraft.

Schwerin, den 22. Februar 2011

**Der Ministerpräsident**

**Erwin Sellering**

**Der Innenminister**

**Lorenz Caffier**

**Der Minister für Wirtschaft,  
Arbeit und Tourismus**


**Jürgen Seidel**

**Die Justizministerin**

**Uta-Maria Kuder**

## Landesrecht Sachsen-Anhalt

## Gesamtes Gesetz

<b>juris-Abkürzung:</b>	ImSchuaZustG ST	<b>Quelle:</b>	
<b>Ausfertigungsdatum:</b>	08.05.1991	<b>Fundstelle:</b>	GVBl. LSA 1991, 81
<b>Gültig ab:</b>	16.05.1991	<b>Gliederungs-</b>	7100.2
<b>Dokumenttyp:</b>	Gesetz	<b>Nr:</b>	

**Gesetz über Zuständigkeiten im Gewerbebereich  
und anderen Rechtsgebieten  
Vom 8. Mai 1991**

*Zum 16.03.2011 aktuellste verfügbare Fassung der Gesamtausgabe*

**Stand:** letzte berücksichtigte Änderung: § 1 geändert durch Gesetz vom 7. März 2011 (GVBl. LSA S. 480)


Der Landtag von Sachsen-Anhalt hat das Gesetz beschlossen, das hiermit verkündet wird:

**§ 1**

Die Landesregierung wird ermächtigt, durch Verordnung, die Zuständigkeiten zu regeln, die sich ergeben

- a) aus der Gewerbeordnung sowie aus den auf Grund der Gewerbeordnung erlassenen Verordnungen,
- b) aus sonstigen Vorschriften des Bundes- oder Landesrechts über die Gewerbezulassung oder Gewerbeausübung,
- c) aus sonstigen Vorschriften des Bundes- oder Landesrechts zum Schutz Beschäftigter oder Beschäftigter und Dritter,
- d) aus Vorschriften des Bundes- oder Landesrechts zum Schutz vor Luftverunreinigungen, Geräuschen, Erschütterungen, Licht, Wärme, Strahlen oder ähnlichen Umwelteinwirkungen (Immissionen),
- e) aus dem Gesetz über die friedliche Verwendung der Kernenergie und den Schutz gegen ihre Gefahren sowie aus den auf Grund dieses Gesetzes erlassenen Verordnungen,
- f) aus Vorschriften des Bundes- oder Landesrechts über das Sprengstoffwesen,

recherchiert von: **Abteilung4z Mw** am 22.02.2011

<b>Amtliche Abkürzung:</b> ZustVO GewAIR	<b>Quelle:</b>	
<b>Ausfertigungsdatum:</b> 14.06.1994	<b>Fundstelle:</b>	GVBl. LSA 1994, 636
<b>Gültig ab:</b> 01.07.1994	<b>Gliederungs-Nr:</b>	7100.7
<b>Dokumenttyp:</b> Verordnung		

**Verordnung über die Regelung von Zuständigkeiten im Immissionsschutz-, Gewerbe- und Arbeitsschutzrecht sowie in anderen Rechtsgebieten (ZustVO GewAIR) Vom 14. Juni 1994**

Zum 22.02.2011 aktuellste verfügbare Fassung der Gesamtausgabe

**Stand:** letzte berücksichtigte Änderung: Verzeichnis der Anlage 1 geändert durch Verordnung vom 6. Juli 2010 (GVBl. LSA S. 429)

Auf Grund

des § 1 des Gesetzes über die Regelung von Zuständigkeiten im Immissions-, Gewerbe- und Arbeitsschutzrecht sowie in anderen Rechtsgebieten vom 8. Mai 1991 (GVBl. LSA S. 81),

des § 99a der Kommunalverfassung vom 17. Mai 1990 (GBl. I S. 255), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über kommunale Gemeinschaftsarbeit und anderer kommunalrechtlicher Vorschriften vom 3. Februar 1994 (GVBl. LSA S. 163),

des § 38 Satz 2, des § 56 Abs. 2 Satz 2 Halbsatz 2 und des § 67 Abs. 2 Satz 2 der Gewerbeordnung in der Fassung vom 1. Januar 1987 (BGBl. I S. 425), zuletzt geändert durch Artikel 39 der Fünften Zuständigkeitsanpassungs-Verordnung vom 26. Februar 1993 (BGBl. I S. 278),

des § 4 Abs. 4 Satz 1, des § 16 Abs. 3 Satz 4, des § 49 Abs. 3 Satz 2 und des § 113 Abs. 2 Satz 4 der Handwerksordnung in der Fassung vom 28. Dezember 1965 (BGBl. 1966 I S. 1), zuletzt geändert durch Artikel 1 der Sechsten Verordnung zur Änderung der Anlage A zur Handwerksordnung vom 9. Dezember 1991 (BGBl. I S. 2169),

des § 4 Abs. 3 Satz 2, des § 14 Satz 3, des § 18 Abs. 1 Satz 3, des § 21 Abs. 2 Satz 2 und des § 30 des Gaststättengesetzes vom 5. Mai 1970 (BGBl. I S. 465), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Zweiten Rechtsbereinigungsgesetzes vom 16. Dezember 1986 (BGBl. I S. 2441),

des § 10 Abs. 1 des Blindenwarenvertriebsgesetzes vom 9. April 1965 (BGBl. I S. 311), zuletzt geändert durch Artikel 40 der Fünften Zuständigkeitsanpassungs-Verordnung vom 26. Februar 1993 (BGBl. I S. 278),

des § 50 Abs. 1 des Waffengesetzes in der Fassung vom 8. März 1976 (BGBl. I S. 432), zuletzt geändert durch § 2 Abs. 2 des Sechsten Überleitungsgesetzes vom 25. September 1990 (BGBl. I S. 2106),

des § 11 Abs. 1 des Eichgesetzes in der Fassung vom 23. März 1992 (BGBl. I S. 711), geändert durch Artikel 4 des Gesetzes zur Änderung von Gesetzen auf dem Gebiet des Rechts der Wirtschaft vom 21. Dezember 1992 (BGBl. I S. 2133),

des § 5 des Gesetzes über Einheiten im Meßwesen in der Fassung vom 22. Februar 1985 (BGBl. I S. 408),

des § 2 Abs. 4 Satz 2 des Güterkraftverkehrsgesetzes in der Fassung vom 10. März 1983 (BGBl. I S. 256), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 21. Februar 1992 (BGBl. I S. 287),

des § 55 Abs. 5 Satz 3 Halbsatz 2 und des § 55 a Abs. 3 Satz 2 des Versicherungsaufsichtsgesetzes in der Fassung vom 17. Dezember 1992 (BGBl. 1993 I S. 2),

des § 6 der Gefahrgutverordnung Straße in der Fassung vom 13. November 1990 (BGBl. I S. 2453), zuletzt geändert durch Artikel 1 der 4. Straßen-Gefahrgutänderungsverordnung vom 13. April 1993 (BGBl. I S. 448),

des § 3 Abs. 3 Satz 2, des § 9 Abs. 2, des § 30 Abs. 2 Satz 3 Halbsatz 2 und Abs. 4 des Börsengesetzes in der im BGBl. III Gliederungsnummer 4110-1 veröffentlichten bereinigten Fassung, zuletzt geändert durch Gesetz vom 11. Juli 1989 (BGBl. I S. 1412),

des § 27 Abs. 4 Satz 2 und 3 und Abs. 6 der Arbeitszeitordnung in der im BGBl. III Gliederungsnummer 8050-1 veröffentlichten bereinigten Fassung, zuletzt geändert durch Artikel 21 des Zuständigkeitslockerungsgesetzes vom 10. März 1975 (BGBl. I S. 685),

der Nr. 47 Satz 4 der Ausführungsverordnung zur Arbeitszeitordnung in der im BGBl. III Gliederungsnummer 8050-1-1 veröffentlichten bereinigten Fassung, zuletzt geändert durch Artikel 24 der Zuständigkeitslockerungsverordnung vom 18. April 1975 (BGBl. I S. 967),

des § 4 Abs. 2 Satz 3 und des § 10 Abs. 2 Satz 2 des Gesetzes über die Arbeitszeit in Bäckereien und Konditoreien in der im BGBl. III Gliederungsnummer 8050-8 veröffentlichten bereinigten Fassung, zuletzt geändert durch Artikel 2 Nr. 3 des Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über das Fahrpersonal im Straßenverkehr vom 14. Juli 1976 (BGBl. I S. 1801),

des § 8 der Verordnung über die Arbeitszeit in Krankenpflegeanstalten in der im BGBl. III Gliederungsnummer 8050-2 veröffentlichten bereinigten Fassung, geändert durch Artikel 241 des Einführungsgesetzes zum Strafgesetzbuch vom 2. März 1974 (BGBl. I S. 469),

des § 28 des Gesetzes über den Ladenschluß vom 28. November 1956 (BGBl. I S. 875), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes zur Einführung eines Dienstleistungsabends vom 10. Juli 1989 (BGBl. I S. 1382),

wird verordnet:

## § 1

(1) Für die Ausführung der in den **Anlagen 1 und 2** zu dieser Verordnung bezeichneten Rechtsvorschriften sowie der Maßnahmen sind die dort genannten Stellen zuständig.

(2) Die für die Erteilung einer Erlaubnis, Genehmigung, Konzession oder sonstigen Berechtigung für eine Festsetzung, öffentliche Bestellung oder für die Ausstellung eines Befähigungszeugnisses zuständige Stelle entscheidet auch über deren Versagung, Rücknahme, Widerruf, Entziehung, Änderung, Aufhebung oder Ablehnung. Sie entscheidet auch über die Ausübung eines Gewerbebetriebes durch einen Stellvertreter.

(3) Ändern sich Zuständigkeiten nach dieser Verordnung, so führen die bisher zuständigen Stellen die bei ihnen anhängigen Verfahren zu Ende.

(4) Die Mittelbehörde ist zuständig, soweit nach dieser Verordnung und ihren Anlagen eine bestimmte Stelle nicht bezeichnet ist.

(5) Abweichend von Absatz 1 bis 4 ist das Technische Polizeiamt bei der Erfüllung der dem Kampfmittelbeseitigungsdienst nach § 4 der Gefahrenabwehrverordnung zur Verhütung von Schäden durch Kampfmittel vom 5. Mai 1995 (GVBl. LSA S. 118), geändert durch Artikel 1 der Verordnung vom 27. Mai 1997 (GVBl. LSA S. 549), obliegenden Aufgaben für die Ausführung

der Rechtsvorschriften im Bereich des Immissionsschutzrechts, des Chemikalienrechts und des Gefahrstoffrechts zuständig, soweit es nicht um den Schutz der Arbeitnehmer geht.

## § 2

(1) Die den Landkreisen und Gemeinden entstehenden Kosten werden im Rahmen des Finanzausgleichs abgegolten.

(2) Die Apothekerkammer, die Ärztekammer, die Tierärztekammer und die Zahnärztekammer decken die ihnen entstehenden Kosten aus der Übertragung der Aufgaben durch Erhebung von Gebühren und Auslagen.

## § 3

Diese Verordnung tritt am ersten Tage des auf die Verkündung folgenden Monats in Kraft.

Magdeburg, den 14. Juni 1994.

### **Die Landesregierung Sachsen-Anhalt**

Dr. Bergner

Rauls

#### **Anlage 1**

(zu § 1 Abs. 1)

1. Gewerbeordnung (ohne Arbeitsschutz)
2. Auf die Gewerbeordnung gestützte Verordnungen (ohne Arbeitsschutz)
3. Sonstiges Gewerberecht
4. Wirtschaftsrecht und andere Rechtsgebiete

#### **Erläuterungen zu den Verzeichnissen**

In den Verzeichnissen werden folgende Kurzbezeichnungen verwendet:

Gem	Gemeinde
HWK	Handwerkskammer
IHK	Industrie- und Handelskammer
LAU	Landesamt für Umweltschutz
LEA	Landeseichamt
Lkr	Landkreis/kreisfreie Stadt
Lkr/St	Lkr/St Landkreis/kreisfreie Stadt beziehungsweise Städte und Gemeinden mit mehr als 10000 Einwohnern



LVWA Landesverwaltungsamt

MI Ministerium des Innern

MW Ministerium für Wirtschaft und Arbeit

PD Polizeidirektion

Lfd. Nr.	Rechtsgrundlage	Maßnahme	Stelle
----------	-----------------	----------	--------

## Verzeichnis

<b>1.</b>	<b>Gewerbeordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 22. Februar 1999 (BGBl. I S. 202), zuletzt geändert durch Artikel 11 des Gesetzes zur Erleichterung der Bekämpfung von illegaler Beschäftigung und Schwarzarbeit vom 23. Juli 2002 (BGBl. I S. 2787)</b>		
1.1.	§ 14	Entgegennahme der Gewerbeanzeigen	Gem
1.2.	§ 15 Abs. 1	Ausstellung von Empfangsbescheinigungen	Gem
1.3.	§ 15 Abs. 2	Verhinderung der Fortsetzung nicht zugelassener Gewerbebetriebe oder des Gewerbebetriebes ausländischer juristischer Personen, deren Rechtsfähigkeit im Inland nicht anerkannt wird	Gem
1.4.	§ 15 a Abs. 4 Satz 2, § 15 b Abs. 1, 2	Anordnung der Namensangabe aller beteiligten Gewerbetreibenden, Namensangabe im Schriftverkehr	Gem
1.5.	§ 30 Abs. 1, 2	Konzession für Privatkranken- und Privatentbindungsanstalten sowie für Privatnervenkliniken	Lkr nach Anhörung von Gem und Lkr
1.6.	<i>(aufgehoben)</i>		
1.7.	<i>(aufgehoben)</i>		

1.8.	§ 33 c Abs. 3 Satz 1	Bestätigung der Geeignetheit eines Aufstellungsortes für Spielgeräte	Gem
1.9.	<i>(aufgehoben)</i>		
1.10.	<i>(aufgehoben)</i>		
1.11.	<i>(aufgehoben)</i>		
1.12.	§ 34 Abs. 1 (vgl. auch Erlaubnis zum Betrieb des Pfandleih-gewerbes lfd. Nr. 2.1)		Lkr/St
1.13.	§ 34 a Abs. 1 (vgl. auch lfd. Nr. 2.2)	Erlaubnis zum Betrieb des Bewachungs-gewerbes	Lkr/St
1.14.	§ 34 b Abs. 1, 2 (vgl. auch lfd. Nr. 2.3)	Erlaubnis zum Betrieb des Versteigerer-gewerbes	Lkr/St
1.15.	§ 34 b Abs. 1, 3 (vgl. auch Nummer 2.3)	Erlaubnis zum Betrieb des Versteigerungsgewerbes	Lkr/St
1.16.	§ 34 c Abs. 1 (vgl. auch lfd. Nr. 2.4)	Erlaubnis zum Betrieb eines Makler-gewerbes oder sonstigen hier aufgezählten Gewerbes	Lkr/St
1.17.	§ 35	Untersagung der Gewerbeausübung wegen Unzuverlässigkeit, Gestattung der Fortführung des Gewerbebetriebes durch einen Stellvertreter, Verhinderung der Gewerbeausübung durch Schließung der Betriebs- oder Geschäftsräume usw., Gestattung der Wiederaufnahme des untersagten Gewerbes, Verlangen auf Auskunft im Gewerbeuntersagungsverfahren	Lkr/St

1.18.	§ 38 Satz 1	Erlaß von Verordnungen über die Ausübung einzelner Gewerbe	MW
1.19.	§ 46 Abs. 3	Gestattung zum Betreiben eines Gewerbes in den Fällen der Absätze 1 und 2	Lkr/St
1.20.	§ 51 Satz 1	Untersagung der Benutzung gefährlicher Anlagen	Lkr/St
1.21.	§ 55 Abs. 2	Erteilung der Erlaubnis zur Ausübung des Reisegewerbes (Erteilung von Reisege-werbekarten)	Gem
1.22.	§ 55 a Abs. 1 Nr. 1	Erlaubnis zum Feilbieten von Waren im Reisegewerbe gelegentlich der Veran-staltung von Messen und andere	Gem
1.23.	§ 55 a Abs. 2	Zulassung von Ausnahmen von dem Erfordernis einer Reisegewerbekarte bei besonderen Veranstaltungen	Gem
1.24.	§ 55 b Abs. 2	Ausstellung von Gewerbelegitimations-karten	Gem
1.25.	§ 55 c	Entgegennahme der Anzeigen über reise-gewerbekartenfreie Tätigkeiten und Ausstellung der Empfangsbescheinigungen	Gem
1.26.	§ 55 e Abs. 2	Zulassung von Ausnahmen von dem Verbot, das Reisegewerbe an Sonn- und Feiertagen auszuüben	Gem
1.27.	§ 56 Abs. 1 Nr. 3 Buchst. b	Zulassung von Ausnahmen von dem Verbot des Feilbietens geistiger Getränke im Reisegewerbe	Gem
1.28.	§ 29	Auskunft und Nachschau	

1.28.1.		bei Gewerbetreibenden mit einer Erlaubnis nach §§ 30, 33 a, 34 c und 36 der Gewerbeordnung	LVWA
1.28.2.		im Übrigen	LVWA/Polizei
1.29.	§ 56 Abs. 2 Satz 2 Halbsatz 1	Erlaß von Verordnungen über Ausnahmen von den in § 56 Abs. 1 aufgeführten Beschränkungen	MW
1.30.	§ 56 Abs. 2 Satz 3	Zulassung von Ausnahmen im Einzelfall von den in § 56 Abs. 1 aufgeführten Beschränkungen	Gem
1.31.	§ 56 a Abs. 2, 3	Entgegennahme der Anzeige und Untersagung eines Wanderlagers	Gem
1.32.	§ 59	Untersagung der Ausübung reisegewerbe-kartenfreier Tätigkeiten	Gem
1.33.	§ 60 a Abs. 2 Satz 2	Erlaubnis zur Veranstaltung anderer Gewinnspiele im Reisegewerbe	Lkr/St
1.34.	§ 60 a Abs. 3	Erlaubnis zum Betrieb von Spielhallen oder ähnlichen Unternehmen im Reise-gewerbe	Lkr/St
1.35.	§ 60 a Abs. 4	Erlaß von Verordnungen für das Verfahren bei Erteilung von Unbedenklichkeitsbe-scheinigungen durch das Landeskriminal-amt	MI im Einvernehmen mit MW
1.36.	§ 60 b Abs. 2 in Verbindung mit §§ 69, 69b	Festsetzung von Volksfesten nach Gegenstand, Zeit, Öffnungszeiten und Platz, von der Festsetzung abweichende Regelungen der Zeit, der Öffnungszeiten und des Platzes in dringenden Fällen	Gem

1.37.	(aufgehoben)		
1.38.	§ 60 c Abs. 1	Verlangen auf Vorzeigen der Reisege- werbekarte, auf Einstellung der Tätigkeit sowie auf Vorlage geführter Waren	Gem, Lkr
1.39.	§ 60 c Abs. 2	Ausstellung der Zweitschriften von Reisegewerbekarten	Gem
1.40.	§ 60 d	Verhinderung der Ausübung des Reise-gewerbes	Gem
1.41.	§ 67 Abs. 2	Erlaß einer Verordnung über die Gegenstände des Wochenmarktverkehrs	MW mit der Befugnis zur Weiterüber-tragung auf andere Behörden
1.42.	§ 69 Abs. 1	Festsetzung nach Gegenstand, Zeit, Öffnungszeiten und siehe 1.45. Platz von Veran-staltungen	
1.43.	§ 69 a Abs. 2	Erteilung von Auflagen im öffentlichen Interesse	siehe 1.45.
1.44.	§ 69 b Abs. 1	Vorübergehende Änderung von Zeit, Öffnungszeiten und siehe 1.45. Platz in dringenden Fällen	
1.45.	§ 69 b Abs. 3	Änderung und Aufhebung der Festsetzung auf des Veranstalters Antrag von	
		a) Messen (§ 64)	Lkr
		b) Ausstellungen (§ 65)	Lkr
		c) Großmärkten (§ 66)	Lkr

		d) Spezialmärkten (§ 68 Abs. 1)	Gem
		e) Jahrmärkten (§ 68 Abs. 2)	Gem
		f) Volksfesten (§ 60 b)	Gem
		g) Wochenmärkten (§ 67)	Gem
1.46.	§ 69 Abs. 3	Entgegennahme der Anzeigen über die Nichtdurchführung von	
		a) Messen	Lkr
		b) Ausstellungen	Lkr
		c) Großmärkten	Lkr
		d) Volksfesten	Gem
1.47.	§ 70 a, § 60 b Abs. 2 in Verbindung mit § 70 a	Untersagung der Teilnahme als Aussteller oder Anbieter an einer bestimmten Veranstaltung oder einer oder mehreren Arten von Veranstaltungen wegen Unzuverlässigkeit	Gem
1.48.	§ 150 Abs. 2	Entgegennahme des Antrages auf Auskunftserteilung	Meldebehörde bei der der Antragsteller mit einer Wohnung gemeldet ist
<b>2.</b>	<b>Auf die Gewerbeordnung gestützte Verordnungen</b> (ohne Arbeitsschutz)		

2.1.	Pfandleihverordnung in der Fassung vom 1. Juni 1976 (BGBl. I S. 1334), zuletzt geändert durch Artikel 3 der Dritten Verordnung zur Änderung gewerberechtl. Vorschriften vom 7. November 1990 (BGBl. I S. 2476)		
2.1.1.	§ 2	Entgegennahme der Anzeige über die für den Geschäftsbetrieb benutzten Räume	Lkr/St
2.1.2.	§ 4	Verlangen auf Auskunftserteilung und Einsichtnahme (Nachschau) in den Geschäftsbetrieb zum Zweck der Überwachung	Lkr/St
2.1.3.	§ 5 Abs. 1 in Verbindung mit § 11 Satz 1 Halbsatz 1	Entgegennahme der Überschüsse aus Pfandverwertung	Lkr/St
2.1.4.	§ 9 Abs. 2 Satz 2, § 11 Satz 1 Halbsatz 2	Verlängerung der Pfandverwertungsfrist und der Ablieferungsfrist für die Überschüsse	Lkr/St
2.2.	Bewachungsverordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 10. Juli 2003 (BGBl. I S. 1378),		Bewachungsverordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 10. Juli 2003 (BGBl. I S. 1378),
2.2.1.	§ 9 Abs. 1 Satz 2 und Abs. 2 Satz 2	Überprüfung der Zuverlässigkeit der Wachpersonen	Lkr/St
2.2.2.	§ 9 Abs. 3	Entgegennahme der Unterlagen über Wachpersonen	Lkr/St
2.2.3.	§ 11 Abs. 3	Verlangen auf Vorzeigen des Ausweises	Lkr/St/Polizei



2.2.4.	§ 13 Abs. 2	Entgegennahme der Anzeige über den Gebrauch der Schusswaffe	Lkr/St/Polizei
2.3.	Versteigererverordnung vom 24. Juni 2003 (BGBl. I S. 547)		
2.3.1.	§ 3 Abs. 1	Entgegennahme der Anzeigen über Versteigerung und Abkürzung der Anzeigefrist	Lkr/St
2.3.2.	§ 3 Abs. 4	Anforderung weiterer Unterlagen	Lkr/St
2.3.3.	§ 4	Zulassung von Ausnahmen hinsichtlich der Gelegenheit zur Besichtigung des Versteigerungsgutes	Lkr/St
2.3.4.	§ 6	Zulassung von Ausnahmen von dem Verbot der Versteigerung von Handelswaren und von dem Verbot, das Versteigerungsgut in eine andere Gemeinde zu verbringen	Lkr/St
2.3.5.	§ 9	Untersagung, Aufhebung und Unterbrechung von Versteigerungen	Lkr/St
2.4.	Makler- und Bauträgerverordnung In der Fassung vom 7. November 1990 (BGBl. I S. 2479)		
2.4.1.	§ 9	Entgegennahme der Anzeige über die jeweils mit der Leitung des Betriebes oder einer Zweigniederlassung beauftragten Person sowie über die Berufung anderer Vertretungsberechtigter bei juristischen Personen nach Erteilung der Erlaubnis	Lkr/St

- 2.4.2. § 14 Abs. 2 Satz 2 Verlangen auf kostenlose Vorlage der erforderlichen Anzahl lesbarer Reproduktionen und Bereithaltung der erforderlichen Lesegeräte Lkr/St
- 2.4.3. *(aufgehoben)*
- 2.4.4. § 16 Abs. 1, 2, 3 Entgegennahme des Prüfberichts und Anordnung einer besonderen Überprüfung der Gewerbetreibenden auf deren Kosten sowie Betrauung von Prüfern nach Maßgabe des Absatzes 3 Lkr/St
- 2.5. Schaustellerhaftpflichtverordnung vom 17. Dezember 1984 (BGBl. I S. 1598)
- 2.5.1. § 2 Verlangen auf Vorzeigen der Haftpflichtversicherungsunterlagen Gem, Lkr
- 3.** Sonstiges Gewerbeberecht
- 3.1. Gaststättengesetz vom 5. Mai 1970 (BGBl. I S. 465), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Zweiten Rechtsbereinigungsgesetzes vom 16. Dezember 1986 (BGBl. I S. 2441)
- 3.1.1. *(aufgehoben)*
- 3.1.2. § 4 Abs. 3 Satz 1, § 30 Erlaß einer Verordnung über Mindestanforderungen an die zum Betrieb eines Gaststättengewerbes bestimmten Räume und über die zuständigen Behörden zur Ausführung dieser Verordnung MW
- 3.1.3. *(aufgehoben)*

3.1.4.	<i>(aufgehoben)</i>		
3.1.5.	<i>(aufgehoben)</i>		
3.1.6.	<i>(aufgehoben)</i>		
3.1.7.	§ 12 Abs. 1	Vorübergehende Gestattung zum Betrieb eines Gaststättengewerbes aus besonderen Anlaß	Gem
3.1.8.	§§ 14, 30	Erlaß einer Verordnung über die persönlichen und räumlichen Voraussetzungen für den Ausschank sowie über Menge und Jahrgang des zum Ausschank bestimmten Weines oder Apfelweines und das Verabreichen von Speisen zum Verzehr in Straußwirtschaften sowie über die Art der Betriebsführung von Straußwirtschaften und über die zuständigen Behörden zur Ausführung dieser Verordnung	MW
3.1.9.	§ 18 Abs. 1 Satz 1, § 30	Erlaß einer Verordnung über die Festsetzung einer Sperrzeit für Schank-, Speisewirtschaften und öffentliche Vergnügungsstätten und über die zuständigen Behörden zur Ausführung dieser Verordnung	MI im Einvernehmen mit MW
3.1.10.	<i>(aufgehoben)</i>		
3.1.11.	<i>(aufgehoben)</i>		
3.1.12.	§ 21 Abs. 2 Satz 1, § 30	Erlaß einer Verordnung über Zulassung, das Verhalten sowie die Art der Tätigkeit und Entlohnung der Beschäftigten in Gaststättenbetrieben und über	MW

die zuständigen Behörden zur Ausführung dieser  
Verordnung

3.1.13. (aufgehoben)

3.1.14. § 34 Abs. 3 Entgegennahme der Anzeige Lkr/St

3.2. Blindenwarenvertriebsgesetz vom 9. April 1965 (BGBl. I S. 311), zuletzt  
geändert durch Artikel 40 der Fünften Zuständigkeitsanpassungs-Verordnung  
vom 26. Februar 1993 (BGBl. I S. 278)

3.2.1. § 5 Abs. 1 Anerkennung als Blindenwerkstätte oder als  
Zusammenschluß von Blindenwerkstätten Lkr

3.2.2. § 5 Abs. 5 Errichtung eines Blindenwarenvertriebs-ausschusses Lkr

3.2.3. § 6 Abs. 1, 2 Erteilung von Blindenwarenvertriebsausweisen Lkr/St

3.2.4. § 6 Abs. 5 Verlangen auf Vorzeigen des Blinden-  
warenvertriebsausweises sowie Vorlage mitgeführter  
Waren oder Warenkataloge und auf Einstellung der  
Tätigkeit Gem, Lkr

3.3. Handwerksordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 24. September  
1996 (BGBl. I S. 3047), zuletzt geändert durch Artikel 35 b des Gesetzes vom  
24. Dezember 2003 (BGBl. I S. 2954, 2992)

3.3.1. § 4 Abs. 1 Anordnung der Leitung eines Handwerksbetriebes Lkr/St  
durch einen den Voraussetzungen des § 7 genügenden  
Handwerker zur Verhütung von Gefahren für die  
öffentliche Sicherheit

3.3.2.	§ 7 a	Ausübungsberechtigte für andere Gewerbe	HWK
3.3.3.	§ 7 b	Ausübungsberechtigung für zulassungspflichtige Handwerke	HWK
3.3.4.	§ 8	Ausnahmebewilligung	HWK
3.3.5.	§ 9	Ausnahmebewilligungen für Angehörige der EWG-Mitgliedsstaaten	HWK
3.3.6.	§ 16 Abs. 3 Satz 1, Abs. 4	Untersagung der Fortsetzung eines gesetzwidrig ausgeübten Handwerksbetriebes; Verhinderung der Ausübung des untersagten Gewerbes durch Schließung der Betriebs- und Geschäftsräume oder durch andere geeignete Maßnahmen	Lkr/St
3.3.7.	§ 49 Abs. 3 Satz 2	Erlaß von Bestimmungen über die Anrechnung eines Fachschulbesuchs auf die Gesellentätigkeit	MW
3.3.8.	§ 113 Abs. 3 Satz 3 und 4	Erlaß einer Verordnung über die Zulassung anderer Formen der Beitragseinziehung und Beitragsbeitreibung	MW
3.3.9.	§ 113 Abs. 4 Satz 2	Erlaß einer Verordnung über die Zulassung anderer Formen der Gebührenbeitreibung	MW
3.4.	Gesetz über den Hufbeschlagn vom 20. Dezember 1940 (RGBl. 1941 I S. 3), geändert durch Artikel 176 des Einführungs-gesetzes zum Strafgesetzbuch vom 2. März 1974 (BGBl. I S. 469); Hufbeschlagnverordnung vom 14. Dezember 1965 (BGBl. I S. 2095), zuletzt geändert durch Artikel 20 des Ersten Gesetzes zur Bereinigung des Verwaltungsverfahrenrechts vom 18. Februar 1986 (BGBl. I S. 265)		LVwA

- 3.5. Eichgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. März 1992 (BGBl. I S. 711), zuletzt geändert durch Artikel 115 der Verordnung vom 25. November 2003 (BGBl. I S. 2304, 2317)
- 3.5.1. §§ 16, 18 Verlangen auf Auskunft, Nachschau sowie Abwehr und Lkr/St  
Unterbindung von Zuwiderhandlungen
- 3.6. Gesetz über Einheiten im Meßwesen in der Fassung vom 22. Februar 1985 (BGBl. I S. 408)
- 3.6.1. § 6 Verlangen auf Auskunft, Nachschau sowie Abwehr und Lkr/St  
Unterbindung von Zuwiderhandlungen in Betrieben, die  
Waren an Letztverbraucher abgeben
- 3.7. Fertigpackungsverordnung vom 18. Dezember 1981 (BGBl. I S. 1585), zuletzt  
geändert durch Artikel 7 der Fünften Verordnung zur Änderung der Lebensmittel-  
Kennzeichnungsverordnung und anderer lebensmittelrechtlicher Verordnungen  
vom 18. Dezember 1992 (BGBl. I S. 2423)
- 3.7.1. § 34 Recht zur Nachschau LEA
- 3.8. Verordnung über Orderlagerscheine in der im BGBl. III, Gliederungsnummer  
4102-1, veröffentlichten bereinigten Fassung
- 3.8.1. § 1 Ermächtigung zur Ausstellung von Orderlagerscheinen Lkr/St  
in Verbindung mit  
§ 3, § 4 Abs. 2, 4,  
§ 5 Abs. 2,  
§ 7 Abs. 1,  
§ 9 Abs. 2,  
§ 10 Abs. 2,  
§ 11,  
§ 13 Abs. 1, 2, 3, 4,  
§ 14 Abs. 3, 4,

§ 19 Abs. 3, 4

3.9. bis 3.11. *(aufgehoben)*

3.12. Preisangabengesetz vom 3. Dezember 1984 (BGBl. I S. 1429)

3.13. Milch- und Margarinegesetz vom 25. Juli 1990 (BGBl. I S. 1471), geändert durch Artikel 51 der Fünften Zuständigkeitsanpassungs-Verordnung vom 26. Februar 1993 (BGBl. I S. 278)

3.13.1. §§ 4, 5, 6 Erlaubnis zum Betrieb eines milchwirtschaftlichen Unternehmens, Stellvertretererlaubnis und Weiterführung Lkr

#### **4. Wirtschaftsrecht und andere Rechtsgebiete**

4.1. Versicherungsaufsichtsgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 17. Dezember 1992 (BGBl. I 1993 S. 2), zuletzt geändert durch Artikel 6 des Gesetzes vom 5. April 2004 (BGBl. I S. 502, 504)

4.1.1. §§ 55 Abs. 2, § 55 a Abs. 3 Satz 1 Erlass einer Verordnung über die Rechnungslegung der unter Landesaufsicht stehenden Versicherungseinrichtungen MW

4.2. Börsengesetz in der im BGBl. III, Gliederungsnummer 4110-1, veröffentlichten bereinigten Fassung, zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 11. Juli 1989 (BGBl. I S. 1412) MW

4.3. Gesetz betreffend die gemeinsamen Rechte der Besitzer von Schuldverschreibungen in der im BGBl. III, Gliederungsnummer 4134-1, veröffentlichten bereinigten Fassung, zuletzt geändert durch Artikel 133 des Einführungsgesetzes zum Strafgesetzbuch vom 2. März 1974 (BGBl. I S. 469) MW

## **Anlage 2**

(zu § 1 Abs. 1)

Abbildung oder Text nicht darstellbar. Bitte nutzen Sie die weiteren Speicher- oder Druckfunktionen in der Standardansicht Ihres Browsers.

© juris GmbH



Der Landtag von Sachsen-Anhalt hat das folgende Gesetz beschlossen, das hiermit nach Gegenzeichnung ausgefertigt wird und zu verkünden ist:

**Gesetz  
zur Änderung des Gesetzes über Zuständigkeiten im Gewerbeamt und anderen Rechtsgebieten.**

Vom 7. März 2011.

§ 1

§ 1 des Gesetzes über Zuständigkeiten im Gewerbeamt und anderen Rechtsgebieten vom 8. Mai 1991 (GVBl. LSA S. 81), geändert durch Artikel 61 des Gesetzes vom 18. November 2005 (GVBl. LSA S. 698, 709), wird wie folgt geändert:

1. In Buchstabe g wird der Punkt durch ein Komma ersetzt.
2. Nach Buchstabe g werden folgende Buchstaben h bis j angefügt:

- „h) aus dem Geldwäschegesetz,
- i) aus dem Schornsteinfeger-Handwerksgesetz,
- j) aus dem Gefahrgutbeförderungsgesetz.“

§ 2

Dieses Gesetz tritt am Tag nach seiner Verkündung in Kraft.

Magdeburg, den 7. März 2011.

**Der Präsident des Landtages  
von Sachsen-Anhalt**

**Der Ministerpräsident  
des Landes Sachsen-Anhalt**

**Der Minister  
für Wirtschaft und Arbeit  
des Landes Sachsen-Anhalt**

Steinecke

Prof. Dr. Böhmer

Dr. Haseloff

**Sechste Verordnung  
zur Änderung der Verordnung über die Regelung von Zuständigkeiten  
im Immissionsschutz-, Gewerbe- und Arbeitsschutzrecht sowie in anderen Rechtsgebieten.**

**Vom 16. März 2011.**

Aufgrund des § 1 Nr. 1 Buchst. h des Gesetzes über Zuständigkeiten im Gewerberecht und anderen Rechtsgebieten vom 8. Mai 1991 (GVBl. LSA S. 81), zuletzt geändert durch Gesetz vom 7. März 2011 (GVBl. LSA S. 480), wird verordnet:

§ 1

Im Verzeichnis der Anlage I der Verordnung über die

Regelung von Zuständigkeiten im Immissionsschutz-, Gewerbe- und Arbeitsschutzrecht sowie in anderen Rechtsgebieten vom 14. Juni 1994 (GVBl. LSA S. 636. 889), zuletzt geändert durch Verordnung vom 6. Juli 2010 (GVBl. LSA S. 429), wird nach der lfd. Nr. 4.3. folgende lfd. Nr. 4.4. angefügt:

„4.4.	§ 16 Abs. 2 Nr. 9 des Geldwäschegesetzes	Aufsicht über die Verpflichteten nach § 2 Abs. 1 des Geldwäschegesetzes, sofern gesetzlich nichts anderes bestimmt ist	LVWA“
-------	--	--	-------

§ 2

Diese Verordnung tritt am Tag nach ihrer Verkündung in Kraft.

Magdeburg, den 16. März 2011.

**Die Landesregierung  
Sachsen-Anhalt**

Prof. Dr. Böhmer

Dr. Haseloff

## Mitteilungen der Bundesländer zu den Aufsichtsbehörden nach § 16 Abs. 2 Nr. 9 GwG

Land	Berufsgruppe	Zuständige Aufsichtsbehörde	Rechtsgrundlage
<b>Baden-Württemberg</b>	Casinos	Regierungspräsidium Karlsruhe	§ 6 Spielbankengesetz
	<i>Behörden bestimmt.</i> Güterhändler	die Regierungspräsidien jeweils für ihren Regierungsbezirk	§ 1 der Verordnung des Innenministeriums über Zuständigkeiten nach dem Geldwäschegesetz
	Immobilienmakler	die Regierungspräsidien jeweils für ihren Regierungsbezirk	§ 1 der Verordnung des Innenministeriums über Zuständigkeiten nach dem Geldwäschegesetz
	Versicherungsvermittler	die Regierungspräsidien jeweils für ihren Regierungsbezirk	§ 1 der Verordnung des Innenministeriums über Zuständigkeiten nach dem Geldwäschegesetz
<b>Bayern</b>	Casinos	Bayerisches Staatsministerium des Innern	Art. 3 Abs. 1 des Gesetzes über Spielbanken im Freistaat Bayern
	<i>Behörden bestimmt.</i> Güterhändler	Bayerisches Staatsministerium des Innern	Art. 6 des Bayerischen Landesstraf- und Verordnungsgesetzes
	Immobilienmakler	Bayerisches Staatsministerium des Innern	Art. 6 des Bayerischen Landesstraf- und Verordnungsgesetzes
	Versicherungsvermittler	Bayerisches Staatsministerium des Innern	Art. 6 des Bayerischen Landesstraf- und Verordnungsgesetzes
<b>Berlin</b>	Casinos	Senatsverwaltung für Inneres und Sport	§ 12 Spielbankengesetz Berlin i.V.m. Nr. 5 (5) Zuständigkeitskatalog Ordnungsaufgaben Berlin
	<i>Behörden bestimmt.</i> Güterhändler	Senatsverwaltung für Wirtschaft, Technologie und Frauen (SenWTF)	§ 9 Allgemeines Sicherheits- und Ordnungsgesetz Berlin i.V.m. Nr. X Ziffer 17, 18 Geschäftsverteilung des Senats von Berlin (GV Sen Bln)
	Immobilienmakler	Senatsverwaltung für Wirtschaft, Technologie und Frauen (SenWTF)	§ 9 Allgemeines Sicherheits- und Ordnungsgesetz Berlin i.V.m. Nr. X Ziffer 18 Geschäftsverteilung des Senats von Berlin (GV Sen Bln)
	Versicherungsvermittler	Senatsverwaltung für Wirtschaft, Technologie und Frauen (SenWTF)	§ 9 Allgemeines Sicherheits- und Ordnungsgesetz Berlin i.V.m. Nr. X Ziffer 21 Geschäftsverteilung des Senats von Berlin (GV Sen Bln)
<b>Brandenburg</b>	Casinos	Ministerium des Innern des Landes Brandenburg (Spielbankaufsicht)	§ 9 Spielbankengesetz
	<i>Behörden bestimmt.</i> Güterhändler	Ministerium für Wirtschaft und Europaangelegenheiten	§ 8 Abs. 3 Landesorganisationsgesetz i.V.m. Ziffer VI Nr. 5 der Bekanntmachung der Geschäftsbereiche der obersten Landesbehörden
	Immobilienmakler	Ministerium für Wirtschaft und Europaangelegenheiten	§ 8 Abs. 3 Landesorganisationsgesetz i.V.m. Ziffer VI Nr. 5 der Bekanntmachung der Geschäftsbereiche der obersten Landesbehörden
	Versicherungsvermittler	Ministerium für Wirtschaft und Europaangelegenheiten	§ 8 Abs. 3 Landesorganisationsgesetz i.V.m. Ziffer VI Nr. 5 der Bekanntmachung der Geschäftsbereiche der obersten Landesbehörden

## Mitteilungen der Bundesländer zu den Aufsichtsbehörden nach § 16 Abs. 2 Nr. 9 GwG

<b>Bremen</b>  <i>Behörden bestimmt.</i>	Casinos	Senator für Inneres und Sport	§ 4 Abs. 1 Bremisches Spielbankgesetz
	Güterhändler	Senator für Wirtschaft und Häfen	§ 1 Abs. 1 Nr. 5 Bekanntmachung über die nach dem Geldwäschegesetz zuständigen Behörden vom 10.08.2010
	Immobilienmakler	Senator für Wirtschaft und Häfen	§ 1 Abs. 1 Nr. 4 Bekanntmachung über die nach dem Geldwäschegesetz zuständigen Behörden vom 10.08.2010
	Versicherungsvermittler	Senator für Wirtschaft und Häfen	§ 1 Abs. 1 Nr. 2 Bekanntmachung über die nach dem Geldwäschegesetz zuständigen Behörden vom 10.08.2010
<b>Hamburg</b>  <i>Behörden bestimmt.</i>	Casinos	Behörde für Inneres	Ziffer 3 der Anordnung zur Durchführung des Geldwäschegesetzes vom 29.06.2010
	Güterhändler	Behörde für Wirtschaft und Arbeit	Ziffer 1 der Anordnung zur Durchführung des Geldwäschegesetzes vom 29.06.2010
	Immobilienmakler	Behörde für Wirtschaft und Arbeit	Ziffer 1 der Anordnung zur Durchführung des Geldwäschegesetzes vom 29.06.2010
	Versicherungsvermittler	Behörde für Wirtschaft und Arbeit	Ziffer 1 der Anordnung zur Durchführung des Geldwäschegesetzes vom 29.06.2010
<b>Hessen</b>  <i>Behörden bestimmt.</i>	Casinos	Hessisches Ministerium des Innern und für Sport	§ 15 i.V.m. § 17 Hessisches Spielbankgesetz
	Güterhändler	Regierungspräsidien	§ 1 der Verordnung zur Bestimmung von Zuständigkeiten nach dem Gesetz über das Aufspüren von Gewinnen aus schweren Straftaten
	Immobilienmakler	Regierungspräsidien	§ 1 der Verordnung zur Bestimmung von Zuständigkeiten nach dem Gesetz über das Aufspüren von Gewinnen aus schweren Straftaten
	Versicherungsvermittler	Regierungspräsidien	§ 1 der Verordnung zur Bestimmung von Zuständigkeiten nach dem Gesetz über das Aufspüren von Gewinnen aus schweren Straftaten
<b>Mecklenburg-Vorpommern</b>  <i>Behörden bestimmt.</i>	Casinos	Innenministerium M-V	§ 13 des Spielbankgesetzes
	Güterhändler	Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus	§ 14 Abs. 1 Landesorganisationsgesetz i.V.m. § 1 der Landesverordnung zur Übertragung der Zuständigkeiten nach dem Geldwäschegesetz vom 22.02.2011
	Immobilienmakler	Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus	14 Abs. 1 Landesorganisationsgesetz i.V.m. § 1 der Landesverordnung zur Übertragung der Zuständigkeiten nach dem Geldwäschegesetz vom 22.02.2011
	Versicherungsvermittler	Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus	14 Abs. 1 Landesorganisationsgesetz i.V.m. § 1 der Landesverordnung zur Übertragung der Zuständigkeiten nach dem Geldwäschegesetz vom 22.02.2011
<b>Niedersachsen</b>  <i>Behörden bestimmt.</i>	Casinos	Niedersächsisches Finanzministerium	§ 10 Abs. 1 Satz 1 Niedersächsisches Spielbankengesetz
	Güterhändler	Niedersächsisches Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr	Art. 1 § 2 des Gesetzes zur Modernisierung der Verwaltung in Niedersachsen vom 5.11.2004
	Immobilienmakler	Niedersächsisches Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr	Art. 1 § 2 des Gesetzes zur Modernisierung der Verwaltung in Niedersachsen vom 5.11.2004

## Mitteilungen der Bundesländer zu den Aufsichtsbehörden nach § 16 Abs. 2 Nr. 9 GwG

	Versicherungsvermittler	Niedersächsisches Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr	Art. 1 § 2 des Gesetzes zur Modernisierung der Verwaltung in Niedersachsen vom 5.11.2004
<b><u>Nordrhein-Westfalen</u></b>  <i>Behörden bestimmt.</i>	Casinos	Bezirksregierungen	§ 14 der Glücksspielverordnung des Landes Nordrhein-Westfalen
	Güterhändler	Bezirksregierungen (Geschäftsbereich des Wirtschaftsministeriums)	§ 8 Abs. 3 Landesorganisationsgesetz NRW
	Immobilienmakler	Bezirksregierungen	§ 8 Abs. 3 Landesorganisationsgesetz NRW
	Versicherungsvermittler	Bezirksregierungen	§ 8 Abs. 3 Landesorganisationsgesetz NRW
<b><u>Rheinland-Pfalz</u></b>  <i>Behörden bestimmt.</i>	Casinos	Fachlich zuständiges Ministerium (Ministerium des Innern und für Sport)	§ 1 ZuständigkeitsVO GwG
	Güterhändler	Kreisverwaltung; Stadtverwaltung als Kreisordnungsbehörde (kreisfreie Städte)	§ 2 Abs. 2 ZuständigkeitsVO GwG
	Immobilienmakler	Kreisverwaltung; Stadtverwaltung als Kreisordnungsbehörde (kreisfreie Städte)	§ 2 Abs. 2 ZuständigkeitsVO GwG
	Versicherungsvermittler	Kreisverwaltung; Stadtverwaltung als Kreisordnungsbehörde (kreisfreie Städte)	§ 2 Abs. 2 ZuständigkeitsVO GwG
<b><u>Saarland</u></b>  <i>Behörden bestimmt.</i>	Casinos	Ministerium für Arbeit, Frauen, Prävention, Soziales und Sport	§ 9 Saari. Spielbankengesetz i.V. m. § 4 Abs. 2 Landesorganisationsgesetz
	Güterhändler	Geschäftsbereich des Saarländischen Ministeriums für Wirtschaft und Wissenschaft	§ 1 der Verordnung über die Zuständigkeit nach dem Geldwäschegesetz
	Immobilienmakler	Geschäftsbereich des Saarländischen Ministeriums für Wirtschaft und Wissenschaft	§ 1 der Verordnung über die Zuständigkeit nach dem Geldwäschegesetz
	Versicherungsvermittler	Geschäftsbereich des Saarländischen Ministeriums für Wirtschaft und Wissenschaft	§ 1 der Verordnung über die Zuständigkeit nach dem Geldwäschegesetz
<b><u>Sachsen</u></b>  <i>Behörden bestimmt.</i>	Casinos	Landesdirektion Leipzig	§ 17 Abs. 4 i. V. m. § 17 Abs. 1 SächsSpielbG
	Güterhändler	Staatsministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr	§ 16 Abs. 1 Satz 1 des sächsischen Verwaltungsorganisationsgesetzes
	Immobilienmakler	Staatsministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr	§ 16 Abs. 1 Satz 1 des sächsischen Verwaltungsorganisationsgesetzes
	Versicherungsvermittler	Staatsministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr	§ 16 Abs. 1 Satz 1 des sächsischen Verwaltungsorganisationsgesetzes
<b><u>Sachsen-Anhalt</u></b>  <i>Behörden bestimmt.</i>	Casinos	Ministerium des Innern des Landes Sachsen- Anhalt	§ 20 Abs. 1 Satz 2 Spielbankgesetz Sachsen-Anhalt
	Güterhändler	Landesverwaltungsamt	§ 1 Buchstabe h des Gesetzes über

Mitteilungen der Bundesländer zu den Aufsichtsbehörden nach § 16 Abs. 2 Nr. 9 GwG

		(LVwA)	Zuständigkeiten im Gewerberecht und anderen Rechtsgebieten vom 08.05.1991 i.V.m. § 1 Abs. 1 und lfd. Nr. 4.4 des Verzeichnisses zu Anlage 1 der Verordnung über die Regelung von Zuständigkeiten im Immissionsschutz-, Gewerbe- und Arbeitsschutzrecht sowie anderen Rechtsgebieten
	Immobilienmakler	Landesverwaltungsamt (LVwA)	§ 1 Buchstabe h des Gesetzes über Zuständigkeiten im Gewerberecht und anderen Rechtsgebieten vom 08.05.1991 i.V.m. § 1 Abs. 1 und lfd. Nr. 4.4 des Verzeichnisses zu Anlage 1 der Verordnung über die Regelung von Zuständigkeiten im Immissionsschutz-, Gewerbe- und Arbeitsschutzrecht sowie anderen Rechtsgebieten
	Versicherungsvermittler	Landesverwaltungsamt (LVwA)	§ 1 Buchstabe h des Gesetzes über Zuständigkeiten im Gewerberecht und anderen Rechtsgebieten vom 08.05.1991 i.V.m. § 1 Abs. 1 und lfd. Nr. 4.4 des Verzeichnisses zu Anlage 1 der Verordnung über die Regelung von Zuständigkeiten im Immissionsschutz-, Gewerbe- und Arbeitsschutzrecht sowie anderen Rechtsgebieten
<b>Schleswig-Holstein</b>  <i>Behörden bestimmt.</i>	Casinos	Innenministerium des Landes Schleswig-Holstein	Landesverordnung zur Bestimmung der zuständigen Behörde nach dem Geldwäschegesetz für Spielbanken vom 28.10.2009
	Güterhändler	Allgemeine Ordnungsbehörden des Landes Schleswig-Holstein (Kreise, Ämter, Gemeinden)	§§ 164 ff Landesverwaltungsgesetz des Landes Schleswig-Holstein
	Immobilienmakler	Allgemeine Ordnungsbehörden (Kreise, Ämter, Gemeinden)	§§ 164 ff Landesverwaltungsgesetz des Landes Schleswig-Holstein
	Versicherungsvermittler	Allgemeine Ordnungsbehörden (Kreise, Ämter, Gemeinden)	§§ 164 ff Landesverwaltungsgesetz des Landes Schleswig-Holstein
<b>Thüringen</b>  <i>Behörden bestimmt.</i>	Casinos	Thüringer Innenministerium	§ 10 Thüringer Spielbankengesetz
	Güterhändler	Obere Gewerbebehörden Thüringen	§ 5a der Thüringer Zuständigkeitsermächtigungsverordnung Gewerbe
	Immobilienmakler	Obere Gewerbebehörden Thüringen	§ 5a der Thüringer Zuständigkeitsermächtigungsverordnung Gewerbe
	Versicherungsvermittler	Obere Gewerbebehörden Thüringen	§ 5a der Thüringer Zuständigkeitsermächtigungsverordnung Gewerbe